

Schweiz

Front gegen Primarschul-Französisch: Kantone wollen Französisch erst in der Oberstufe – Sprachenstreit spitzt sich zu

In 12 von 19 Deutschschweizer Kantonen ist die Abschaffung von Primarschul-Französisch ein Thema oder schon beschlossen. Der Bund könnte eingreifen. Warum wartet er zu?

Claudia Blumer

Kantone diskutieren über die Abschaffung von Frühfranzösisch: Französischunterricht in einer Primarschule im Kanton Bern.

Primarschul-Französisch ist in den Kantonen unter Druck. 12 von 19 Deutschschweizer Kantone diskutieren über die Abschaffung. Der Sprachenstreit ist neu entflammt. Der letzte wurde vor knapp zehn Jahren gütlich beigelegt. Das zuständige Innendepartement unter Elisabeth Baume-Schneider (SP) macht deutlich, dass der Bundesrat ein Abweichen von der Sprachenstrategie nicht akzeptieren würde.

«Qu'est-ce qu'un vêtement?» Jüngst wurden Schülerinnen und Schüler aus der ganzen Schweiz am Ende der dritten Sekundar- oder Gymnasialklasse auf ihre Sprachkenntnisse getestet. Und zwar in der Schulsprache, in Englisch sowie in der zweiten Landessprache. Es waren «kürzere Texte zu vertrauten Themen, alltagstauglich und schulbezogen verfasst», welche die Schüler im Französischunterricht lesen und in der Hauptaussage erfassen mussten. Zum Beispiel einen Wikipedia-Eintrag zur Frage: Was ist ein Kleidungsstück?

Rund die Hälfte aller Deutschschweizer Schüler schafft es heute nicht, am Ende der obligatorischen Schulzeit solche einfachen 500-Zeichen-Texte richtig zu interpretieren. Dies, obwohl sie ihn nicht übersetzen, sondern lediglich in einer Multiple-Choice-Antwort ankreuzen müssen, worum es im Text geht. In der Westschweiz und im Tessin sind die Resultate in der Landes-Fremdsprache Deutsch ebenso ungenügend.

Sprachenstreit neu entflammt

Der Bericht zur Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (ÜGK), den die Erziehungsdirektorenkonferenz kürzlich präsentierte, befeuert eine Debatte, die in vielen Kantonen seit Monaten im Gang ist. Kritiker der aktuellen Fremdsprachenstrategie wollen Französisch aus der Primarschule verbannen und auf die Oberstufe verschieben. Neben Englisch, das in den meisten Kantonen ab der 3. Klasse unterrichtet wird, überfordere Französisch ab der 5. Klasse die Schulkinder, sagen sie.

Recherchen zeigen nun: In 12 von 19 Deutschschweizer Kantonen sind entsprechende parlamentarische Vorstösse pending oder bereits beschlossen. Die schlechte Leistungsbilanz der Schweizer Schüler, ausgewiesen im neusten ÜGK-Bericht, liefert ihnen ein zusätzliches Argument.

Bereits diesen Frühling hat der Kanton Appenzell Ausserrhoden entschieden, den Französischunterricht auf Primarstufe abzuschaffen. Im Kanton Zürich ist ein ähnlich lautender Vorstoss zwar noch hängig, aber die Absender SVP, GLP, Mitte und EVP dürften mit Unterstützung einiger FDP-Stimmen eine Mehrheit bekommen. Im St. Galler Kantonsrat wird ein Vorstoss gegen Frühfranzösisch aus der FDP-Fraktion von links

bis rechts unterstützt, die Regierung hat sich ebenfalls dafür ausgesprochen.

Auch im Thurgau, in Bern, beiden Basel, Luzern, Nidwalden und Zug sind entsprechende Vorstösse hängig. Der Aargauer Grosse Rat wiederum hat entschieden, dass Primarschulkinder nur noch Französisch lernen sollen, wenn sie in Deutsch gut genug sind. Ansonsten sollen sie statt Französisch zusätzliche Deutschlektionen erhalten. Und schliesslich gibt es zwei Kantone, die Frühfranzösisch gar nie eingeführt haben: Appenzell Innerrhoden und Uri.

Alain Bersets Drohkulisse

Die Schweiz befindet sich erneut in einem Sprachenstreit, nachdem der letzte vor rund zehn Jahren gütlich beigelegt worden war. Damals wollten der Thurgau und eine Handvoll kleinere Kantone ausscheren aus der Sprachenstrategie, die die Kantone 2004 gemeinsam erarbeitet hatten. Diese sieht vor, dass an der Primarstufe im ganzen Land Englisch sowie eine zweite Landessprache unterrichtet werden. Die Reihenfolge sowie den Start der jeweiligen Fremdsprache können die Kantone selber bestimmen.

Es waren damals weniger Kantone als heute, die sich anschickten, auszuscheren. Dennoch drohte das Innendepartement (EDI) von Alain Berset mit einer Gesetzesrevision, die alle Kantone zum Frühfranzösisch verpflichtet hätte. Berset liess eine Vernehmlassung durchführen für eine Revision des Sprachengesetzes. Hintergrund der Vernehmlassung sei die «Entwicklung in einzelnen Kantonen, welche den Unterricht in einer zweiten Landessprache auf der Primarstufe infrage stellen», schrieb das EDI.

Die Reaktion fiel grossmehrheitlich kritisch aus. Die Kantone sollen sich einigen, so lautete der Tenor. Der Bund solle in die Bildungshoheit der Kantone nur im äussersten Notfall eingreifen, oder am liebsten gar nicht.

Bund kann Frühfranzösisch verordnen

Allerdings ist nicht nur die kantonale Hoheit im Bildungswesen verbrieft, sondern auch die Bundeskompetenz, zur Rettung des Sprachfriedens einzuschreiten. So heisst es in der Bundesverfassung: «Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften.» Und an anderer Stelle: «Kommt auf dem Koordinationsweg keine Harmonisierung des Schulwesens (...) zustande, so erlässt der Bund die nötigen Vorschriften.» Dem liegt der Anspruch zugrunde, dass Familien in der Schweiz von einem Kanton in den nächsten ziehen können, ohne dass die schulpflichtigen Kinder wegen divergierender Schulsysteme Probleme bekommen.

Der Bundesrat verzichtete schliesslich auf ein nationales Französischgesetz: Das Thurgauer Kantonsparlament hatte eingelenkt. Das Departement Berset kommunizierte den Entscheid mit einer subtil drohenden Note: Die Voraussetzungen für eine Bundesregelung seien «derzeit» nicht gegeben. Jedoch: «Sollte ein Kanton entscheidend von der harmonisierten Lösung

in der Sprachenfrage abweichen», werde der Bund die Situation neu beurteilen.

EDI: «Beobachten die Diskussion aufmerksam»

Nun ist es so weit. Das zuständige Innendepartement unter Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider (SP) verfolge die Diskussion in den Kantonen sehr aufmerksam, sagt Kommunikationschef Christoph Lenz – «auch wenn die Wirkung der Forderungen auf den Unterricht bisher noch nicht erkennbar ist». Der Bundesrat vertraue darauf, dass die Kantone ihrer Verantwortung, die Sprachenstrategie umzusetzen, weiterhin nachkämen.

Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider war Erziehungsdirektorin im Kanton Jura, als der letzte Sprachenstreit ausbrach. Ihr Departement verfolge die Debatte sehr aufmerksam, sagt der Kommunikationschef.

Baume-Schneider, die mit Schweizerdeutsch sprechenden Eltern im Jura zweisprachig aufgewachsen ist, war jurassische Bildungsdirektorin, als der letzte Sprachenstreit aufflammte. Sprecher Lenz macht deutlich, dass der Bundesrat es nicht akzeptieren würde, wenn die Kantone Primarschul-Französisch tatsächlich streichen. «Sollte der Sprachenkompromiss effektiv erodieren, hat der Bund die Möglichkeit, einzugreifen», sagt er. Das Lernen einer zweiten Landessprache sei in der Schweiz essenziell.